



Initiative „Familien in der Krise“

<https://www.familieninderkrise.com>



Initiative „Kinder brauchen Kinder“

<https://kinderbrauchenkinder-petition.de>

23. November 2020

Eine Kindheit in Pandemiezeiten darf nicht eine Zeit ohne Kindheit sein. Initiativen fordern: „Benachteiligung von Kindern muss endlich beendet werden“

Die Beschlussvorlage der Kanzlerin von letzter Woche haltt nach. Nur noch ein Haushalt darf sich mit max. zwei weiteren Personen treffen. Die Empfehlung geht dahin, sich einen bevorzugten „Partner-Haushalt“ zu suchen. Es bleiben also maximal ein Geschwisterpaar pro Kind, vielmehr aber nur ein Freund. Heißt übersetzt, wenn Max und Kian sich beide Johanna aussuchen, bleibt einer auf der Strecke. Das kritisierten zurecht die großen Deutschen Kinderschutzverbände und der Bundesverband der Kinder- und Jugendärzte. Wieder sind Kinder mit einer Situation konfrontiert, die viele überfordern kann.

Kinder werden wie Objekte behandelt

Bund und Länder seien ihrer Verpflichtung zu Schutz und Fürsorge für 13 Millionen Kinder nicht nachgekommen, sondern hätten Kinder „wie Objekte behandelt“¹, führte Prof. Dr. Michael Klundt in einer Anhörung der Kinderkommission des Bundestages aus.

Dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Pandemie. Ziele wie Autonomie, Partizipation, soziales Miteinander und das Recht auf Bildung wurden zum Beiwerk politischer Entscheidungen und einem allumfassenden Infektionsschutz untergeordnet. Dabei ist es gerade jetzt wichtig, beides in Einklang zu bringen. „Kinder müssen in ihren Bedürfnissen und bei ihren Entwicklungsaufgaben auch in Pandemiezeiten bestmöglich unterstützt werden. Dabei dürfen wir Kinderrechte nicht außer Acht lassen.“ - meint Sabine Kohwagner von *Kinder brauchen Kinder*. Es ist zurecht viel vom Schutz vulnerabler Gruppen die Rede. Doch haben nicht auch die Jüngsten in unserer Gesellschaft besonderen Schutz verdient?

Gleich zu Beginn stufte man Kinder als potentielle Infektionstreiber ein. War diese Einschätzung anfangs noch einer großen Ungewissheit geschuldet, liegen inzwischen andere Daten und wissenschaftliche Erkenntnisse vor. Auf dieser Grundlage dürfen die Bedürfnisse von Kindern und auch Jugendlichen kein zweites Mal ausgeblendet werden.

¹ Klundt, Michael, Prof. Dr.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw37-pa-kinderkommission-corona-706358>

Bin ich daran schuld?

„Ich habe in der Schule einmal gehustet, hat aber keiner gemerkt.“

Wenn Kinder solche Sätze sagen, sollten wir die Angst, die damit verknüpft ist, ernst nehmen.

Infektionsschutz ist wichtig. Unstrittig ist, dass wir unseren Kindern sinnvolle Hygieneregeln nahebringen müssen, die sie logisch nachvollziehen können.

Allerdings erreichen uns immer wieder Berichte aus Bildungseinrichtungen, die Corona-Regeln durch „schwarze Pädagogik“ vermitteln. Kindern darf nicht eine Schuld und somit eine völlig überfordernde Verantwortung an der Erkrankung ihrer Familie und Freunde übertragen werden. Eine solche Rhetorik ist unverantwortlich.

Erwachsene sind dafür verantwortlich, Kindern ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Vor allem in Zeiten von großer Unsicherheit. Maßnahmen dürfen deshalb nicht zuerst bei Kindern ansetzen. Einschränkungen, die das Infektionsgeschehen unter Kontrolle halten, müssen sich zunächst an Erwachsene richten.

“Solange nicht jede Möglichkeit an Homeoffice ausgeschöpft wird, dürfen wir nicht über Schulschließungen sprechen! Wenn Fortbildungen in geschlossenen Räumen mit 15 Erwachsenen möglich sind, ist es unverständlich, wenn über Präsenzunterricht in festen Kohorten gestritten wird.” - meint Heike Riedmann von *Familien in der Krise*. Kindheit und Jugend lässt sich nicht nachholen. In diesem Alter hat Zeit eine ganz andere Dimension als bei Erwachsenen.

Und was kommt morgen?

Quarantäne, häusliche Isolation, Kontaktverbote, Distanzlernen und kaum noch Freizeitangebote. Die Unsicherheit schwingt mit. Auch Kinder haben in den letzten Wochen erfahren, dass von heute auf morgen alles anders sein kann. Gerade jetzt gilt es, Kinder bestmöglich zu begleiten, Stabilität und Kontinuität zu vermitteln, damit Kinder gestärkt diese schwierige Phase meistern können.

Beispielsweise sollte Freizeitsport in festen Kohorten möglich sein. Ebenfalls sollte der Kontakt zu Klassen- und Kita-Kohorten auch außerhalb der Einrichtung weiterhin erlaubt sein.

Unsere Forderungen:

- Eine Kommunikation der politisch Verantwortlichen, die Kinder rehabilitiert und ihre Schutzbedürftigkeit in den Mittelpunkt stellt.
- Die Berücksichtigung der Perspektive von Kindern und Jugendlichen bei allen Entscheidungen
- Unbürokratische Fachkräfteoffensiven, die Kindern unter Wahrung des Infektionsschutzes soziale Interaktion und Bildungsgerechtigkeit sichert.
- Maßnahmen, die zuerst bei Erwachsenen ansetzen, bevor Kinder beschränkt werden.
- Die Einbindung aller Beteiligten, darunter vorrangig Kinder selbst.

- Individuelle Lösungen durch Bedarfsabfragen an KiTas und Schulen, um auch Risikogruppen zu schützen und besondere Bedarfe abzubilden.
- Positivlisten mit Umsetzungsideen für Bildungsinstitutionen, Freizeitangebote für Kinder statt permanenten Restriktionen.
- Anpassung der Quarantänestrategie an die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen

Wir bitten daher alle Entscheider*innen größtmögliche Anstrengungen zu unternehmen, dass Kinder auch jetzt Kinder sein dürfen. Soziale Herkunft, Wohnort oder Ressourcen jeglicher Art dürfen nicht über Erfolg oder Misserfolg von Bildung, Betreuung und Partizipation von Kindern entscheiden. Max, Kian und Johanna dürfen nicht mit Ungewissheit auf die nächste Entscheidung warten.

Über „Kinder brauchen Kinder“ und „Familien in der Krise“

„Familien in der Krise“ und „Kinder brauchen Kinder“ sind zwei bundesweit aktive Initiativen, die sich im Zuge der Corona-Krise gegründet haben. Unser Ziel ist es, auf die Bedürfnisse von Familien, Kindern und Jugendlichen während der Corona-Krise und darüber hinaus aufmerksam zu machen und sie ins Zentrum politischer Entscheidungen zu rücken. Wir haben bereits zahlreiche Gespräche mit führenden Politiker:innen aus Bundes- und Landespolitik geführt sowie ein umfassendes Medienecho auf unsere Aktionen erzeugt.